

Kreislaufwirtschaft vorantreiben – Resilienz, Beschäftigung, Nachhaltigkeit und Wertschöpfung stärken



Die Kreislaufwirtschaft spielt für die sozial-ökologische Modernisierung der Wirtschaft eine zentrale Rolle. Aus Sicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) trägt sie nicht nur zum Klimaschutz und zur Ressourcenschonung bei, sondern stärkt auch die Resilienz industrieller Wertschöpfungsketten, fördert technologische Innovationen, sichert die Rohstoffversorgung und eröffnet neue, zukunftsfeste Beschäftigungsperspektiven. In Zeiten geopolitischer Unsicherheiten, fragiler Lieferketten und wachsender Rohstoffabhängigkeit ist der Aufbau einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft ein zentraler Baustein für nachhaltigen Wohlstand, Versorgungssicherheit und guten, tarifgebundenen Arbeitsplätzen. Für einen erfolgreichen Hochlauf braucht es jetzt entschlossenes politisches Handeln, klare Finanzierungszusagen und koordinierte industriepolitische Strategien.

1. Strukturwandel gestalten, Beschäftigung in den Blick nehmen

Die Kreislaufwirtschaft bietet Chancen für Beschäftigung und Wertschöpfung. Allerdings sollte dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Transformation von Geschäftsmodellen zu massiven Strukturveränderungen führen wird. Wertschöpfungsketten und bestehende Produktions- und Dienstleistungsmuster werden sich fundamental verändern. Damit geraten bestehende Branchen, Unternehmen, aber auch Beschäftigung unter Druck. Neben Qualifikationsfragen ergeben sich daraus unmittelbar auch struktur- und regionalpolitische Implikationen. Es gilt, diesen Strukturwandel proaktiv zu gestalten und sozial- und arbeitsmarktpolitisch zu flankieren. Diese Entwicklungen müssen sich auch in den Politikmaßnahmen antizipiert und entsprechend Rechnung getragen werden. Dabei gilt es nicht nur, Regionen und Branchen in den Blick zu nehmen, die sich bereits im Wandel befinden. Auch Regionen, die von tiefgreifenden Transformationen bedroht sein werden, müssen frühzeitig strukturpolitisch unterstützt werden.

2. Digitaler Produktpass als Grundlage für Transparenz und Effizienz

Ein zentrales Instrument zur Umsetzung einer zirkulären Wirtschaftsweise ist der digitale Produktpass. Er soll künftig produktspezifische Informationen entlang der gesamten Wertschöpfungskette erfassen – von der Materialzusammensetzung über CO₂-Bilanzen bis hin zu Reparierbarkeit und Recyclingfähigkeit. Darüber hinaus kann der Produktpass als zentrale Datenplattform dienen – etwa zur Erfüllung gesetzlicher Anforderungen, wie dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz oder einem möglichen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM). Aus Gründen der Transparenz und Effizienz wäre es sinnvoll, diese Prozesse integriert zu denken. Dadurch könnten Synergieeffekte genutzt und Bürokratiekosten deutlich gesenkt werden. Gleichzeitig wäre es sinnvoll, die Nachprüfbarkeit durch die Marktüberwachung für jegliche Produktherkunft zu gewährleisten.

3. Grüne Leitmärkte schaffen und öffentliche Beschaffung stärken

Die öffentliche Hand muss Impulsgeberin für grüne Leitmärkte sein. Die Reform der Vergaberichtlinien muss daher soziale und ökologische Aspekte stärker berücksichtigen. Die Investitionen aus dem Sondervermögen bieten die Chance, Branchen, wie z. B. die Kunststoffindustrie, die aktiv die Kreislaufwirtschaft vorantreiben, sowie den Markthochlauf zirkulärer Materialien und Prozesse gezielt zu fördern. Um diese Wirkung zu entfalten, müssen die Mittel neben einer sozialen Konditionierung an konkrete Nachhaltigkeitskriterien gebunden werden – etwa durch die Einführung von Kennzeichnungen für zirkuläre Produkte, verbindliche Mindestanforderungen in der öffentlichen Beschaffung oder sektorale Kriterien in Ausschreibungen, zum Beispiel im Bereich der Windenergie. Metall- und Maschinenteile von Windenergieanlagen sind bereits heute gut recycelbar; Fortschritte bei der Entwicklung neuer recycelbarer Kunststoffverbundmaterialien für Rotorblätter

zeigen, dass eine vollständige Integration in die Kreislaufwirtschaft mittelfristig realisierbar ist. Ein zirkularitätsbezogenes Kriterium in Ausschreibungen – wie es bereits in der Novelle des Windenergie-auf-See-Gesetzes 2022 angedacht wurde – sollte auf europäischer Ebene weiterentwickelt und verbindlich eingeführt werden.

4. Finanzierung der zirkulären Transformation sicherstellen

Ein beschleunigter Hochlauf der Kreislaufwirtschaft erfordert verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen. Deshalb sollten entsprechende Förderprogramme im Klima- und Transformationsfonds zum Hochlauf einer Kreislaufwirtschaft etabliert werden. Dabei muss die gesamte Wertschöpfung, die erforderlich ist, um ein Produkt dem Kreislauf zuzuführen, berücksichtigt werden.

Für den DGB ist dabei klar: Die öffentliche Förderung darf weder mit der Gießkanne noch als Geschenk verteilt werden. Die Bundesregierung hat eine besondere Verantwortung, öffentliche Gelder im Sinne der Allgemeinheit zu verwenden. Öffentliche Zuwendungen gilt es verbindlich und präqualifizierend an Tarif- und Standorttreue, Beschäftigungssicherung sowie Resilienz Kriterien zu knüpfen.

5. Einheitliche Normen für hochwertige Rezyklate entwickeln

Der Aufbau einer industriellen Recyclinginfrastruktur ist auf verlässliche Normen angewiesen, damit Materialien hochwertig und sicher wiederverwendet werden können. Einheitliche Standards für Rezyklatqualitäten, die je nach Material differenzieren und auch von Importen aus Nicht-EU-Ländern eingehalten werden müssen, erhöhen die Akzeptanz in der Industrie und fördern die wirtschaftliche Nutzung recycelter Materialien, bedürfen aber auch wirksameren Maßnahmen zur Überprüfung und Rückverfolgbarkeit. Normungsprozesse müssen beschleunigt und stärker an den Anforderungen einer zirkulären Industrie ausgerichtet werden. Industrie, Gewerkschaften und Wissenschaft sollten in die Entwicklung dieser Standards einbezogen werden. Gleichzeitig braucht es eine staatliche Förderung, um die Herstellung und Verarbeitung der Rezyklate durch europäische Anbieter zu gewährleisten.

6. Separationspflichten und gezielte Förderung für strategische Materialien

Ein Fokus muss auf einer umfassenden Sammlung und Zuführung von Rostoffen (z.B. Altpapier, Kunststoffe, Glas, Metalle etc.) liegen. Die konsequente Getrennterfassung muss beibehalten und ausgebaut werden. Je höher die Sortenreinheit ist, desto größer ist die Recyclingfähigkeit.

Die Rückgewinnung strategisch relevanter Metalle – etwa Seltene Erden, Lithium oder Kupfer – ist für die Umsetzung der Energiewende und die Versorgung der Industrie mit Schlüsselrohstoffen essenziell. Deshalb sollten rechtlich verbindliche Separationspflichten eingeführt werden, um diese Materialien gezielt aus Altprodukten und Abfällen zurückzugewinnen. Parallel dazu sind bestehende Förderprogramme gezielt auszubauen, um innovative Demonstrationsprojekte zu ermöglichen und den großtechnischen Aufbau effizienter Recyclinganlagen voranzutreiben.

7. Recyclingschrott in Europa halten

Statt hochwertige Recyclingschrotte in Drittstaaten zu exportieren, sollte wertvolle Sekundärrohstoffe in Europa wiederverwertet und der Materialkreislauf geschlossen werden. Mit dem Export gehen der heimischen Industrie nicht nur Materialien verloren, sondern auch Wertschöpfung, Know-how und Innovationspotenzial. Durch gezielte Vorgaben und Anreize für besonders wertvolle Materialien – etwa Exportbeschränkungen für strategische Schrottströme, verpflichtende Rückführung recycelter Materialien in die heimische Produktion oder Bevorzugung regionaler Recyclingprodukte bei öffentlicher Beschaffung – können dabei helfen, die

Zirkularität zu stärken und die strategische Versorgungssicherheit zu erhöhen. Gleichzeitig ist es notwendig, auch die heimische Primärproduktion bestimmter Rohstoffe gezielt zu fördern, um Versorgungsengpässe in der Übergangszeit zu vermeiden. Noch ungelöste Probleme wie Downcycling und Materialverluste („Dissipation“) machen deutlich, dass Primärmaterialien vorerst weiterhin notwendig bleiben werden. Notwendig ist dabei auch die Stärkung der Recyclingsysteme innerhalb Europas aufgrund der großen nationalen Unterschiede.

Die aktuell verhandelte Altfahrzeugrichtlinie der EU sollte nun schnell verabschiedet werden. In ihr finden sich die hier beschriebenen Ansätze wieder, von Rezyklatquoten über den digitalen Fahrzeugpass und die Herstellerverantwortung bis hin zur besseren Kontrolle illegaler Ausfuhr von Altfahrzeugen. In der jüngst festgelegten Ratsposition ist bereits auf Bedenken der Industrie eingegangen worden.

8. Kreislauf- und Rohstoffbeschaffungsagentur in Europa gründen

Um Maßnahmen zur Kreislaufwirtschaft strategisch und ressortübergreifend zu bündeln und wichtige Rohstoffe einem Kreislauf wieder zuzuführen, schlägt der DGB die Gründung einer Kreislauf- und Rohstoffbeschaffungsagentur auf europäischer Ebene vor. Sie sollte Steuerungsaufgaben, operative Aufgaben und Unterstützungsaufgaben übernehmen. Sinnvoll ist, ein Monitoring über Kreislaufwirtschaftsprozesse, Technologien und Rohstoffe aufzusetzen. Daneben sollte sie Beschaffungs- und Bevorratungsmanagement gewährleisten.

9. Produktdesign

Das Produktdesign sollte mit dem Ziel der Recyclingfähigkeit geplant werden, damit die Rohstoffkomponenten im Kreis geführt werden können. Der Einsatz von künstlicher Intelligenz kann einen Beitrag leisten und die Effektivität in der Entwicklung erhöhen. Die meisten Produktdesigns zeichnen sich durch eine sehr enge Verbindung verschiedenster Materialien aus. Eine hundertprozentige Rückgewinnung aller eingesetzten Stoffe ist deshalb sehr kostenintensiv. Daher sind mehr Investitionen in F&E seitens der Unternehmen mit entsprechend staatlicher Begleitung erforderlich, um hier für die Zukunft neue Möglichkeiten eines wirklichen Kreislaufes der Ausgangsstoffe zu entwickeln und in die Anwendung zu bringen.

10. Chemisches Recycling

Im Kunststoffbereich werden nach wie vor nicht ausreichende Mengen wieder in den Kreislauf zurückgeführt. Das chemische Recycling kann in Zukunft einen wichtigen Pfeiler neben dem mechanischen Recycling darstellen und muss finanziell gezielt und technologieoffen bis hin zur Marktreife gefördert werden. Wichtig ist, dass in signifikanten Mengen die eingesetzten Rohstoffe erneut dem Stoffkreislauf hinzugefügt und qualitativ gleichwertige Produkte hergestellt werden können. Insbesondere im Kunststoffbereich ist das Schließen der Kreisläufe auch ein Mittel zur Steigerung der wirtschaftlichen Resilienz, da man so die Abhängigkeit von außereuropäischen ‚virgin materials‘ reduzieren kann, die in der Regel weiterhin fossilbasiert hergestellt werden.

11. CCU/S ermöglichen

Auch der Kohlenstoffkreislauf muss geschlossen werden, um die nachhaltige Transformation der Industrie zu sichern. Viele Emissionen werden sich nicht oder nur zu prohibitiv hohen Kosten vermeiden lassen. Daher müssen Verfahren zur Abscheidung, Transport, Speicherung und Wiedernutzung von CO₂ ermöglicht werden. Hierfür müssen in Deutschland die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen rasch geschaffen werden. So muss auch die Einspeicherung von abgetrenntem CO₂ in Deutschland ermöglicht werden.

Ansprechpartner

Leon Hasselmann, Referent für Industrie- und Strukturpolitik

Mail: leon.hasselmann@dgb.de

Jan Philipp Rohde, Referatsleiter für Klima-, Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik

Mail: janphilipp.Rohde@dgb.de